

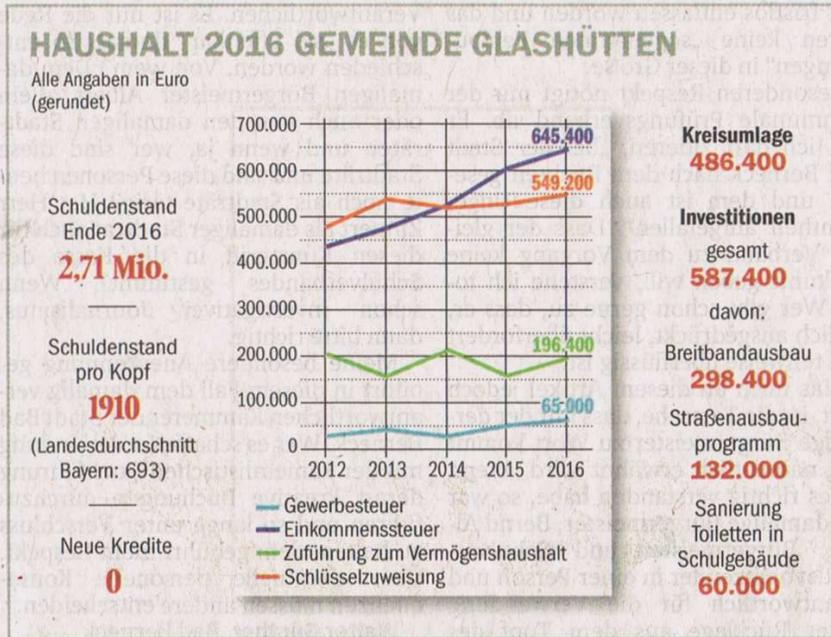
# Gemeinde verzichtet auf Kredite

Haushalt beschlossen: Rat will Straßenausbaubeitragsatzung vermeiden – 486 400 Euro gehen an den Landkreis

## GLASHÜTTEN

Die Ratssitzung dauerte nur 20 Minuten, da war der Gemeindehaushalt auch schon beschlossen. Wichtigste Erkenntnis: es bleibt bei der von Bürgermeister Werner Kaniewski ausgehenden Marschroute. „Wir richten schöne Grüße an das Landratsamt“, so der Bürgermeister. Auch in diesem Jahr wird es keine Straßenausbaubeitragsatzung im Ort geben. Verbunden damit ist der Verzicht auf Kredite, was nicht ohne Folgen für die Investitionen bleibt.

Seinem Ärger Luft machte der Bürgermeister zum Thema Kreisumlage. Bereits im vergangenen Jahr hatte Kaniewski den Landkreis an den Pranger gestellt. „Was da passiert, ist klare Abzocke des Kreises“, so der Bürgermeister. Die Gemeinde müsse erneut eine Steigerung um 20 000 Euro im Vergleich zum Vorjahr in Kauf neh-



men und im neuen Haushalt rund 486 000 Euro aufbringen. „Ich hoffe, dass es im nächsten Jahr keine Mehrheit für den Kreishaushalt gibt, nachdem es bereits in diesem Jahr bei der Abstimmung eng zugeht“, so Bürgermeister Kaniewski.

Der von Kämmerer Winfried Wagner vorgelegte Haushalt bedurfte keinerlei Erläuterungen. Grund für die rasche Absegnung des Entwurfs: in internen Vorbesprechungen sind alle Details abgehandelt worden.

Im Großen und Ganzen zeigte sich Bürgermeister Kaniewski mit dem Ergebnis des vorgelegten Zahlenwerks zufrieden. Es ermöglicht im Verwaltungshaushalt eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 196 400 Euro. Außerdem könne auch die Verschuldung zurückgefahren werden.

Der Haushalt, der im Verwaltungshaushalt mit 1,8 Millionen Euro (Vor-

jahr: 1,75 Millionen Euro) und im Vermögenshaushalt mit 805 000 Euro (Vorjahr: 680 000 Euro) abschließt, wurde einstimmig gebilligt.

Finanziert wird der Vermögenshaushalt, neben der Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt, durch einen Sollüberschuss des Vorjahres von 205 000 Euro sowie durch staatliche Zuweisungen von insgesamt 403 000 Euro. Alleine 263 500 Euro werden für den Breitbandausbau in der Gemeinde sowie 126 500 Euro an staatlichem Investitionszuschuss erwartet.

Beachtlich ist die Summe von 146 000 Euro für Kredittilgungen und 57 000 Euro als Zuführung an die Rücklagen. Der Verwaltungshaushalt beinhaltet als wichtigste Einnahmen die Schlüsselzuweisung in der Höhe von 549 200 Euro. Aus der Einkommensteuer erhält die Gemeinde 645 400 Euro. Das sind 37 400 Euro mehr als im Vorjahr.